

Abteilung Kommunikation
Telefon: +49 621 181-1016
pressestelle@uni-mannheim.de
<http://www.uni-mannheim.de>

Mannheim, 24. Juli 2026

Presseinformation

GBP-Monitor Juli: Mehr Bürokratie statt mehr Lohngerechtigkeit - Unternehmen skeptisch gegenüber der EU-Richtlinie zur Entgelttransparenz

Obwohl die Frist zur Umsetzung der EU-Entgelttransparenzrichtlinie in nationales Recht bereits im Juni 2026 abgelaufen ist und zentrale Transparenzpflichten grundsätzlich für alle Unternehmen gelten, hat sich bislang nur rund jedes fünfte Unternehmen intensiver mit den neuen Vorgaben auseinandergesetzt. Gleichzeitig traut lediglich eine kleine Minderheit der Richtlinie zu, ihr eigentliches Ziel zu erreichen: die Entgeltunterschiede zwischen Frauen und Männern zu verringern. Stattdessen erwarten viele Unternehmen vor allem zusätzlichen Verwaltungsaufwand. Das zeigt die Juli-Umfrage des German Business Panel (GBP) an der Universität Mannheim.

Die EU-Entgelttransparenzrichtlinie soll sicherstellen, dass Frauen und Männer für gleichwertige Arbeit gleich bezahlt werden. Anders als das bisherige deutsche Entgelttransparenzgesetz gelten die Transparenzansprüche künftig unabhängig von der Unternehmensgröße. Zusätzlich werden für Unternehmen ab 100 Beschäftigten schrittweise neue Berichtspflichten zu geschlechtsspezifischen Entgeltunterschieden eingeführt.

Die aktuelle Umfrage des German Business Panel untersucht, wie deutsche Unternehmen auf diese neuen Anforderungen blicken und welche Veränderungen sie erwarten.

Ein zentrales Ergebnis: Die Bewertung der Richtlinie hängt eng mit der Einschätzung der aktuellen Wirtschaftspolitik zusammen. Unternehmen, die mit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zufrieden sind, beurteilen auch die Richtlinie deutlich positiver. Umgekehrt lehnen Unternehmen, die die Wirtschaftspolitik vor allem mit Wachstumshemmnissen und zusätzlicher Bürokratie verbinden, auch die Richtlinie häufiger ab. So sprechen sich 54 Prozent der wirtschaftspolitisch Unzufriedenen gegen die neuen Vorgaben aus.

Unternehmen befürchten mehr Bürokratie

Die Erwartungen an die Richtlinie fallen insgesamt verhalten aus. Mehr als jedes dritte Unternehmen (37,1 Prozent) rechnet mit einem steigenden administrativen Aufwand. Nur 3,1 Prozent erwarten dagegen, dass die Richtlinie tatsächlich zu einer Verringerung des Gender Pay Gaps beiträgt. Lediglich 6,7 Prozent planen, ihre Gehaltsstrukturen künftig häufiger gezielt auf geschlechtsspezifische Entgeltunterschiede zu überprüfen.

„Viele Unternehmen verbinden die Richtlinie zunächst mit zusätzlichen Dokumentationspflichten. Dass daraus tatsächlich mehr Lohngerechtigkeit entsteht, erwarten bislang nur wenige. Das zeigt, dass die Ziele der Richtlinie in der Unternehmenspraxis noch nicht angekommen sind“, sagt Prof. Dr. Jannis Bischof, wissenschaftlicher Projektleiter des German Business Panel.

Auffällig ist zudem, dass ausgerechnet Branchen mit besonders hohen Entgeltunterschieden bislang nur selten zusätzliche Überprüfungen planen. Im Sozial- und Gesundheitswesen liegt der Gender Pay Gap bei nahezu 18 Prozent. Dennoch geben lediglich fünf Prozent der Unternehmen dieser Branche an, ihre Gehaltsstrukturen künftig gezielt auf geschlechtsspezifische Unterschiede überprüfen zu wollen.

„Die Bereitschaft, bestehende Gehaltsstrukturen kritisch zu überprüfen, konzentriert sich nicht unbedingt auf die Branchen mit dem größten Handlungsbedarf. Gerade dort, wo die Unterschiede besonders ausgeprägt sind, sehen wir bislang nur wenig zusätzliche Aktivität“, ordnet GBP-Projektleiter Prof. Dr. Davud Rostam-Afschar die Ergebnisse ein.

Unternehmen noch unzureichend vorbereitet

Die Umfrage zeigt außerdem, dass die Richtlinie bislang nur begrenzt Aufmerksamkeit erhält. Mehr als jedes vierte Unternehmen (26,8 Prozent) hat nach eigener Aussage noch nie von der EU-Entgelttransparenzrichtlinie gehört. Weitere 52,2 Prozent haben sich bisher nicht konkret mit ihren Anforderungen beschäftigt. Besonders gering ist der Vorbereitungsgrad bei kleinen Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten und ohne bereits etablierte standardisierte Gehaltsstrukturen.

„Ausgerechnet die Unternehmen, die organisatorisch am wenigsten auf transparente Vergütungssysteme vorbereitet sind, haben sich bislang am seltensten mit den neuen Anforderungen beschäftigt“, fasst Bischof zusammen.

Den „GBP-Monitor: Unternehmenstrends im Juli 2026“ finden Sie hier:

https://www.accounting-for-transparency.de/wp-content/uploads/2026/07/gbp_monitor_2026_07.pdf

Weitere Informationen zum GBP-Monitor

Das German Business Panel befragt monatlich mehr als 800 Unternehmen zur Unternehmenslage in Deutschland und erhebt dabei Daten zu 1) erwarteten Umsatz-, Gewinn- und Investitionsänderungen, 2) unternehmerischen Entscheidungen, 3) der erwarteten Schließungsrate in der Branche und 4) der Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik. Zudem wird alle drei Monate zu besonders aktuellen Fragen berichtet.

Hintergrundinformationen zum German Business Panel

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“ (www.accounting-for-transparency.de). Der Sonderforschungsbereich (SFB) „TRR 266 Accounting for Transparency“ startete im Juli 2019. Im Mai 2023 beschloss die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), den SFB um zunächst weitere vier Jahre zu verlängern. Er ist der erste SFB mit betriebswirtschaftlichem Schwerpunkt. Am SFB sind über 100 Wissenschaftler*innen von acht Universitäten beteiligt: Universität Paderborn (Sprecherhochschule), Humboldt-Universität zu Berlin und Universität Mannheim, zudem

Forschende von der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie der Goethe-Universität Frankfurt am Main, der Frankfurt School of Finance & Management, der Universität zu Köln, der Leibniz Universität Hannover und der Technischen Universität Darmstadt. Die Forschenden untersuchen, wie Rechnungswesen und Besteuerung die Transparenz von Unternehmen beeinflussen und wie sich Regulierungen und Unternehmenstransparenz auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Das Fördervolumen des SFBs beträgt rund 18 Millionen Euro.

Kontakt:

Prof. Dr. Jannis Bischof
Lehrstuhl für ABWL und Unternehmensrechnung
Universität Mannheim
Tel: +49 621 181-1630
E-Mail: jbischof@uni-mannheim.de

Prof. Dr. Davud Rostam-Afschar
Professor für Rechnungswesen
Universität Mannheim
Tel: +49 621 1811645
E-Mail: rostam-afschar@uni-mannheim.de

Yvonne Kaul
Forschungskommunikation
Universität Mannheim
E-Mail: kaul@uni-mannheim.de